

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen  
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Roger Beckamp, Kay-Uwe  
Ziegler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/701 –**

**Für bezahlbares Bauen und Wohnen – Neue deutsche Wohnungsnot stoppen**

### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Hindernisse zu beseitigen, die im Bereich Bauen und Wohnen sowohl Unternehmen und Eigentümer als auch Vermieter und Mieter belasten würden.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/701 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2023

**Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen**

**Sandra Weeser**  
Vorsitzende

**Marc Bernhard**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Marc Bernhard

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/701** wurde in der 18. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Februar 2022 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- alle Maßnahmen zurückzunehmen, die die Kosten von Bauen und Wohnen im Zusammenhang mit dem verkündeten Narrativ des vermeintlichen Klimaschutzes künstlich in die Höhe treiben und insbesondere auch Beschluss- und Gesetzesvorlagen an den Bundestag zu erstellen, durch die nachfolgend genannte Gesetze schnellst möglich und gegebenenfalls unter Wahrung des Vertrauensschutzes für die Zukunft außer Kraft gesetzt werden, im einzelnen folgende Gesetze:
  - das Gebäudeenergiegesetz (GEG),
  - das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG),
  - das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG),
  - die EEG-Umlage, sämtliche CO<sub>2</sub>-Bepreisungen, zum Beispiel nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) oder Treibhausgasemissionshandelsgesetz (TEHG) und die Energiesteuer;
- sämtliche Vorhaben, welche die obligatorische Erstellung von ökologischen Bilanzen für den Lebenszyklus von Gebäuden, soweit sogenannte Treibhausgase (insbesondere CO<sub>2</sub>) betroffen sind, zum Ziel haben, sofort und endgültig einzustellen;
- auf alle weiteren Maßnahmen zu verzichten, die im Bereich von Bauen und Wohnen zu weitergehenden Eingriffen in das Recht auf Eigentum (Art. 14 Abs. 1 und 2 GG) führen, und die bereits bestehenden Eingriffe so weit wie möglich zurückzunehmen;
- in Zusammenarbeit mit den Ländern die Bürokratie im Bereich von Bauen und Wohnen abzubauen, indem Bauregeln vereinfacht, angeglichen und Baugenehmigungsverfahren beschleunigt werden;
- darauf hinzuwirken, dass vorhandenes Wohnbauland nicht durch die Errichtung von weiteren Windkraftanlagen entwertet wird;
- gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass die Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums komplett abgeschafft und für die übrigen Erwerbsfälle auf 3,5 Prozent begrenzt wird;
- die Grundsteuer entsprechend dem Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/8556 abzuschaffen und den Gemeinden den Einnahmefall im Rahmen einer echten Gemeindesteuerreform, entsprechend dem Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/11125, zu ersetzen;
- den Druck auf die Menschen zu beenden, die sich auf dem deutschen Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgen müssen, indem die fortgesetzte illegale Einwanderung von Menschen außerhalb der Europäischen Union in den deutschen Wohnungs- und Sozialmarkt sofort gestoppt und die geltende Rechtslage – national wie international – hergestellt wird;

- Ausreisepflichtige unverzüglich konsequent abzuschieben;
- nicht anerkannte Anspruchsteller auf politisches Asyl sowie Kriegs- oder sonstige Flüchtlinge bis zu ihrer Abschiebung in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen und damit zu verhindern, dass die vorgenannten Personengruppen auf dem Wohnungsmarkt in Konkurrenz zur heimischen Bevölkerung treten;
- darauf hinzuwirken, dass die Negativzins-Politik der Europäischen Zentralbank beendet wird;
- sich für den Entwurf eines Förderkonzepts einzusetzen, bei dem eine vorrangige Förderung der Menschen durch das Wohngeld erfolgt und der soziale Wohnungsbau auf die wirklich Bedürftigen und insbesondere auf Menschen in Notlagen ausgerichtet wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 27. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 40. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 32. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 35. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 29. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 28. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 48. Sitzung am 18. Januar 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/701 in seiner 32. Sitzung am 8. Februar 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** erinnerte daran, dass die Schaffung von Wohnraum ein zentrales Thema der Regierungskoalition sei. So habe die Regierungskoalition im letzten Jahr 19 Milliarden Euro in die Neubauförderung investiert und auch die größte Wohngeldreform seit langer Zeit verabschiedet. Des Weiteren werde man u. a. den Eigentumserwerb von Familien fördern und die Verfahren beschleunigen. Falsch sei es dagegen, dieses komplexe Thema auf die Kernthemen der AfD in den Bereichen der Migrations-, Euro- und Klimapolitik zu reduzieren. Gerade im Baugewerbe werde eine Deckung des Fachkräftemangels durch Migration benötigt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte ebenfalls, dass die Fraktion der AfD versuche, die Thematik des Wohnungsmangels auf die Migrations-, Euro- und Klimapolitik zu reduzieren. Der Antrag sei entsprechend als Trojanisches Pferd zu betrachten und eine Ansammlung von Oberflächlichkeiten. Richtig sei, dass die Bundesregierung bisher nicht genug Maßnahmen umgesetzt habe, der Antrag der Fraktion der AfD enthalte jedoch keinerlei konkrete Vorschläge oder Ideen im Umgang mit den Problemen des Wohnungsmarkts.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass bezüglich der Wohnungsproblematik ihr besonderer Fokus dem Bevölkerungsteil mit niedrigen Einkommen gelte, welcher durch die Krisen der letzten Jahre besonders betroffen sei. Daher investiert die Regierungskoalition unter anderem bis 2026 insgesamt 14,5 Milliarden Euro in die soziale Wohnraumförderung. Auch gehe die Regierungskoalition in Zukunft eine Reihe weiterer Reformen an: So werde neben der Reform des Wohngeldes auch ein Rahmen für eine neue Wohngemeinnützigkeit geschaffen. Verfahren müsse man insgesamt effizienter und technologiefreundlicher gestalten, der Antrag der Fraktion der AfD überzeuge hierzu nicht. Auch bedürfe es eines größeren Fokus auf die Bestandserhaltung, da man durch ein verändertes Arbeits- und Konsumverhalten frei gewordene Gebäudeflächen umfunktionieren könne.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, dass es in Deutschland aktuell circa 2 Millionen bezahlbare Wohnungen zu wenig gebe. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschlechtere sich stetig und das sei bedingt durch politische Fehlentscheidungen in der Migrations-, Klima- und Europolitik. So gebe es aufgrund von Einwanderung aktuell 4 Millionen Menschen mehr in Deutschland als noch vor 10 Jahren, hierauf habe man nicht adäquat reagiert. Sowohl die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Wohnraum wie auch die der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sei nur dann möglich, wenn man Menschen ohne Aufenthaltstitel konsequent abschiebe. Auch habe die Niedrigzinspolitik der EZB lange Zeit mehr Kapital in Investitionen auf dem Immobilienmarkt gedrängt und habe dadurch eine Steigerung der Preise verursacht. Zuletzt würden auch immer strengere Klimaschutzmaßnahmen im Baubereich die Baukosten und somit mittelbar die Mieten in die Höhe treiben.

Die **Fraktion der FDP** bezeichnete migrationsbedingtes Bevölkerungswachstum als für Wirtschaft und Wohlstand förderlich. Niemand bestreite die hohe Migration der letzten Jahre, jedoch sei diese nicht allein für die höheren Mietpreise verantwortlich. Auch durch neue Lebensmodelle und mehr Einpersonenhaushalte werde mehr Wohnraum benötigt. Zur Bewältigung des Problems bedürfe es schnellerer Verfahren und modernerer Rahmenbedingungen für private Bauunternehmen, denn es sei wichtig, einen technologieoffenen Ausgleich zwischen Klimaschutz und günstigem Wohnungsbau zu finden. Politische Eingriffe in Angebot und Nachfrage des Wohnungsmarktes trügen dagegen zu sozialistischen Zügen bei und seien abzulehnen.

Die Fraktion **DIE LINKE**. betonte die Relevanz und Dringlichkeit des Wohnraummangels, verurteile aber eine Instrumentalisierung der Thematik zuungunsten von Einwanderern und Klimaschutz. Hauptursache für steigende Preise seien Spekulationen und eine Kommodifizierung von Wohnraum, nicht jedoch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine oder anderen Teilen der Welt. Es bedürfe daher eines Sondervermögens von 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau, auch müsse es zu einer schnellen Umsetzung der Reformen zur neuen Wohngemeinnützigkeit kommen. Idealerweise sei dies durch einen Mietenstopp zu ergänzen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/701 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2023

**Marc Bernhard**  
Berichterstatter





